

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reiter,

ich sende Ihnen die 3. Erinnerung an meine Bitte vom 3. März 2025, dass Sie als Dienstvorgesetzter die Lokalbaukommission beauftragen, auf mein Ersuchen vom 20. Januar 2025 zu antworten.

Behörden sind verpflichtet, auf die Ersuchen von Bürgern zu antworten. Wir sind berechtigt, die Gründe für die Zustimmung, aber auch für die Ablehnung zu erfahren. Alles andere ist undemokratisch, autoritär und menschenverachtend.

Inzwischen warte ich seit zwölf Wochen vergeblich auf eine Antwort der Lokalbaukommission.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Maria Wagner

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reiter,

ich sende Ihnen die 2. Erinnerung an meine Bitte vom 3. März 2025, dass Sie als Dienstvorgesetzter die Lokalbaukommission beauftragen, auf mein Ersuchen vom 20. Januar 2025 zu antworten.

Inzwischen warte ich seit zehn Wochen vergeblich auf eine Antwort der Lokalbaukommission.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Maria Wagner

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reiter,

ich erinnere Sie an meine Bitte vom 3. März 2025. Nunmehr warte ich seit acht Wochen vergeblich auf eine Antwort der Lokalbaukommission.

Die zeitliche Überlastung ist wegen des langen Zeitraums ausgeschlossen. Meine E-Mail-Eingabe erreichte die Lokalbaukommission am 20. Januar 2025 wegen der automatischen E-Mail-Bestätigung. Offensichtlich wird dort beabsichtigt, gegen die gute Verwaltungspraxis zu verstoßen, damit wir unser Anliegen aufgeben.

Das ist aber aufgrund meines Gesundheitszustands nicht möglich. Ich bin ein herzkranker, alter Münchner Bürger. Lärm ist für mich nicht nur belästigend, sondern gesundheitsschädlich. Wer nichts in der Angelegenheit unternimmt, verstärkt meine Krankheit.

Der lärmende Tennisplatz soll am 22. März 2025 mit einer Musik- und Spiele-Party eröffnet werden. Das ist für einen Tennisplatz nicht bestimmungsgemäß und lässt wieder unsportlichen Lärm erwarten. Im Internet wird die Platzbuchung weiterhin durchgehend

von 7:00 Uhr morgens bis zur Dunkelheit angeboten. Die erbetenen Auflagen sind dringend notwendig.

Der Oberbürgermeister und die ihm unterstellte Stadtverwaltung wollen sich doch sicher nicht nachsagen lassen, eine gute Verwaltungspraxis nach den Regeln der Europäischen Union abzulehnen und die gesundheitliche Schädigung von Bürgern zu dulden.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Maria Wagner